Reichen die Konzessionen der Regierung?

Schülerproteste in Frankreich Kleinere Klassen, Milliarden für die Renovation von Schulen, neue Plattform für die Auswahl der Uni: Der französische Premierminister Sébastien Lecornu sucht einen Ausweg aus der Krise.

Oliver Meiler, Paris



Ein Etappenziel: Vertreter der Schülergewerkschaften nach ihrem Treffen mit dem Premierminister am Montag. Foto: Anne-Christine Poujoulat (AFP)

Mehr als einen Monat nach Beginn des Schüleraufstands in Frankreich macht die Regierung erste konkrete Versuche, um den Zorn der Jugend zu besänftigen. In einer Sitzung mit Schülergewerkschaften kündigte Premierminister Sébastien Lecornu eine Serie von Massnahmen an, die selbst die fordernden Vertreter aus den Gymnasien als «sehr konkret» beschrieben. Das heisst aber nicht, dass sie damit schon zufrieden wären – eher im Gegenteil. Ein junger Gewerkschafter sagte nach dem Treffen: «Wir haben die Angst der Regierung gespürt, und diese Angst öffnet eine Lücke: Wir wollen das Maximum herausholen.»

Die versprochenen Zugeständnisse hören sich tatsächlich substanziell an:

1. Der Staat wird den Regionen, die für den Unterhalt der Schulhäuser zuständig sind, Darlehen in der Höhe von insgesamt vier Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Damit sollen die prekärsten Gebäude renoviert werden. Die Jugendlichen beklagen sich unter anderem über Schulen ohne angemessene Heizungen, ohne Klimaanlagen, ohne würdige Toiletten.

2. Künftig werden in den zweiten Gymnasialklassen nur noch höchstens 28 Schülerinnen und Schüler sitzen. Bis anhin sind es vor allem in den Städten und den Banlieues oftmals 35 und mehr. Damit das gelingt, schafft die Regierung per Anfang 2027 500 neue Stellen für Lehrkräfte. Das Problem stellt sich in höheren Stufen nicht, weil die Schülerinnen und Schüler dann in kleineren Gruppen lernen.

3. Die Regierung verspricht 10’000 neue Studienplätze für kurze Studiengänge, den BTS, kurz für «Brevet de Technicien Supérieur», die in zwei Jahren einen schnellen Berufseinstieg ermöglichen. 4000 zusätzliche Plätze gibt es künftig für Technische Fachhochschulen. Weitere 1000 in der Ausbildung fürs Gesundheitswesen: Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie und Geburtshilfe. Mit diesen zusätzlichen Studienplätzen soll der Jugend die Sorge genommen werden, dass sie leer ausgeht. Sie hatte allerdings eine viel höhere Anzahl erwartet, nämlich 250’000.

Die Umsetzung eines neuen Systems hängt am Ende nicht von der Regierung Lecornu ab, sondern von der nächsten.

4. «Parcoursup» soll reformiert und per 2028 ersetzt werden – so heisst die zentrale staatliche Onlineplattform, auf der sich Maturanden seit 2018 im letzten Schuljahr für einen Studienplatz bewerben müssen. Solche Systeme gibt es in vielen Ländern. In Frankreich ist «Parcoursup» hoch kontrovers, wenn nicht verhasst unter den Jungen, weil es die meisten unter Stress setzt und im Ruf steht, nicht transparent zu sein.

Bewerbung für Studienplatz soll überarbeitet werden

Von Dezember bis Mitte März haben die Maturanden Zeit, maximal zehn Wünsche für einen Studiengang oder zehn für eine Lehrausbildung einzureichen. Bis April müssen die Bewerbenden ein Motivationsschreiben und die Noten einreichen. Im Juni erhalten sie dann Bescheid von den Universitäten, je nachdem: ein Ja, ein bedingtes Ja, ein Nein, einen Platz auf der Warteliste.

Angehende Studierende dürfen nur ein Studienangebot behalten – wer mehrere erhalten hat, muss alle anderen fallen lassen und verliert den jeweiligen Platz. Ein Stress eben. Oft fallen die Bescheide mit den Examen des Baccalauréat, der Matura, zusammen. Für die, die bis Juli keinen Studien- oder Lehrplatz gefunden haben, gibt es eine Restplatzbörse bis September – wieder mit zehn Wünschen. Nun also will die Regierung die Plattform grundlegend überarbeiten, damit sie keine «Blackbox» mehr ist, wie es immer heisst. Für die Gewerkschaften ist das vielleicht der wichtigste Erfolg in ihrem Kampf um bessere Schulbedingungen.

Allerdings hängt die tatsächliche Umsetzung eines neuen Systems am Ende nicht von der Regierung Lecornu ab, die sie nun verspricht, sondern von der nächsten: Im Frühling 2027 finden in Frankreich zunächst Präsidentschafts- und kurz darauf Parlamentswahlen statt.

Ausserdem müssen die Massnahmen noch finanziert werden – nicht aus neuen Mitteln, sondern aus einer Umverteilung im Staatsbudget für 2027. Die Vorlage für den neuen Etat liegt jetzt im Parlament und sieht Dutzende Milliarden an Einsparungen vor, damit Frankreich mit seinen hohen Schulden und seinem hohen Defizit seine Finanzen wieder einigermassen in den Griff bekommt.

Lecornus Einladung an die Influencer

Für Verstimmung sorgte, dass die Regierung vor dem Treffen mit den Schülergewerkschaften einige junge Influencerinnen und Influencer einlud, die in den sozialen Netzwerken Hunderttausende Follower zählen. Und denen eröffnete Lecornu die Konzessionen vorab – wohl in der Hoffnung, dass sie gute Stimmung darüber verbreiten würden.

Den Gewerkschaften missfiel das Vorgehen. Sie kündigten nach dem Treffen an, dass ihre Proteste weitergehen würden. In Frankreich sind gerade Herbstferien. Aber wenn die dann mal vorbei sind, sollen wieder Gymnasien lahmgelegt werden. Auch an den kommenden Protestkundgebungen wollen sie teilnehmen: zunächst am 31. Oktober und dann am 5. November, dem grossen Streiktag der Gewerkschaften. Das Maximum ist noch nicht erreicht. Da geht noch etwas, finden sie.